

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 30.— M. ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 29. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Konstantin gefangen?

Paris, 28. September. (WZB.) Die Abendpresse veröffent-

Paris, 28. September. Havos meldet aus Athen, die auf-

Paris, 28. September. (WZB.) Nach einer Havasmeldung

übertragen werde; Finanzminister soll Diomeda werden.

Eine Botschaft Konstantins.

Konstantin hat an das griechische Volk eine Abdonkungs-

England räumt die Sperrzone.

Paris, 28. September. (WZB.) Nach einer Meldung der

Explosionskatastrophe in Italien.

150 Tote und 650 Verwundete.

Malland, 28. September. (CP.) Während eines heftigen

Rom, 28. September. (CP.) Die Opfer der Explosionskata-

Mehr Macht!

Eine Rede Severings.

Auf dem Sozialdemokratischen Parteitag für Westfalen in Her-

liche Mittel dafür bereitgestellt, um jungen Leuten, deren Ausbildung

Deutschnationale Siedlungspolitik.

Zu diesem hier bereits behandelten Thema liefert die „Soz.

Der Angriff der Agrarier richtet sich nicht in erster Reihe gegen

Als Gegenstück zu dem pommerischen Fall ein Fall aus der Pro-

Wirtschaftsgefahren.

Wachsende Teuerung und drohende Arbeitslosigkeit.

Von Paul Herz, R. d. R.

Von Monat zu Monat verschlechtert sich die Wirtschafts-

Die außenpolitische Lage Deutschlands hat sich zwar durch

Die Hauptursachen des Markturzes liegen in unserer

Diese Handelsbilanz hat sich nun in den letzten Mo-

Gelingt es aber nicht auf dem Wege der Besserung unserer

Neben diesen sozialen Wirkungen sind aber auch bereits

Produktionsstörung aber bedeutet Arbeitslosigkeit. Im

gen, daß die Wirtschaftslage umgeschlagen ist. Die Arbeitslosigkeit aber bedroht nicht nur den einzelnen mit Unsicherheit der Existenz, sondern sie ist wie eine ansteckende Krankheit, die alle bedroht.

So steht die deutsche Wirtschaft also am Beginn einer neuen schweren Erschütterung. Ihre Wirkungen werden um so verhängnisvoller sein, als sie uns völlig unorbereitet treffen. Anstatt den Produktionsapparat zu intensivieren, haben Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft die mühselos verdienten riesigen Milliarden Gewinne der letzten Jahre zum größten Teil völlig unproduktiv angelegt. Sie haben stets nur an sich selbst gedacht, haben riesige Kapitalien der deutschen Wirtschaft entzogen, im Ausland oder in fremden Zahlungen angelegt, in der Erwartung, damit gegen alle Gefahren der Wirtschaft gesichert zu sein. Wie der Sturz der Mark sie in ihrer Panikstimmung zur Anlage ihres Vermögens in fremden Werten veranlaßte, so dürften sie jetzt durch rücksichtslose Abstoßung von entbehrlichen Arbeitskräften, das Risiko wiederum auf die Arbeiter abwälzen wollen.

Es geht nicht an, daß wir dieser Entwicklung tatenlos gegenüberstehen. Ebenso verfehlt aber ist es, unsere Kraft auf Palliativmaßnahmen zu beschränken, die schön aussehen, aber keinen wirklichen Erfolg bringen. Der Kampf gegen Wucher und Preissteigerungen ist gewiß notwendig. Seine Wirkungen aber werden so lange zweifelhaft sein, als die Geldentwertung fortschreitet und unsere Erzeugung hinter dem Bedarf zurückbleibt.

Wir müssen deshalb alle Kräfte anspannen, um das Uebel an der Wurzel zu bekämpfen, das heißt der Marktentwertung Einhalt zu gebieten. Nachdem Deutschland durch das Abkommen mit Belgien eine wenn auch ungenügende Atempause erhalten hat, muß die damit gegebene Möglichkeit zu einer planmäßigen Stützungsaktion der Mark auch benützt werden. Wenn Hand in Hand damit handels-, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen erfolgen, so kann neben der Steigerung der Produktion auch die Beseitigung des Defizits in der Handels- und Zahlungsbilanz und die Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt erzielt werden. Dann ist auch ein erfolgreicher Kampf gegen Teuerung und Wucher, sowie ein Schutz der von der Arbeitslosigkeit bedrohten Massen möglich.

Gewerkschaften und Teuerung.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist am Donnerstag zu einer mehrtägigen Sitzung im Berliner Gewerkschaftshaus zusammengetreten. Die Verhandlungen begannen mit dem Bericht des Bundesvorsitzenden über die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung, an den sich eine ausführliche Aussprache angeschlossen. Zum ersten Male nehmen entsprechend dem Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses auch die Vertreter der Bezirksausschüsse des ADGB aus dem ganzen Reich an der Ausschusssitzung teil. Die Debatte über die Aktion der Gewerkschaften gegen Teuerung und Wucher wird fortgesetzt.

Volksparteiliche Verleumdungen.

Beleidigungsprozess Breitscheid-Kloth.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II wurde gestern der Prozess gegen den ehemaligen Sozialdemokraten, jetzigen besoldeten Agitator der Deutschen Volkspartei, Emil Kloth verhandelt. Kloth ist beschuldigt, den Reichstagsabgeordneten Gen. Dr. Breitscheid beleidigt zu haben. Die Anklage gegen Kloth hatte bereits einmal angestanden, war aber von der Strafkammer an den Staatsgerichtshof verwiesen worden, um zu prüfen, ob die Sache, da es sich bei Breitscheid um einen früheren preussischen Volksbeauftragten, also einen ehemaligen Minister handle, vor sein Forum gehöre. Der Staatsgerichtshof hat den Fall wieder an die Strafkammer zurückverwiesen.

Strandfischer.

Von J. Kliche.

Am Nordseestrand von Seewärts her bläst frischer Herbstwind in die diesseits der Deiche gelegenen Höfe und Gärten. Auf dem zum Teil unter Wasser stehenden Grodenwiesen waden einzelne Kinder und Schafe. Krächzender Möwenschrei zerstreut die Luft. Der Sommer geht zu Ende, dennoch ist das Wasser warm. An dem langen Uferstrand zwischen Wilhelmshaven und Küsterleil tummeln sich nackte Knaben und Mädchen, tauchen in dem hohen Flutwasser und stufen mit den bloßen Füßen im weichen, warmen Schlamm.

Zwei Stunden später ist das Wasser veräußert. Weiter und weiter ist es zurückgeflutet, und mittlerweile zeigt sich dem Blick eine tief und breit sich dehnde Wattfläche. Quirlend, rieselnd, gurgelnd präsentiert sich, soweit das Auge reicht, warmer, dreilager Schlamm.

Das ist die Zeit der Krabbenfänger. Mit bloßen Füßen, die hofe ausgekrampt, waten sie im Gänsemarsch, das breite Gangnetz auf der weitersten Schulter, hinaus ins Meer. Über vier, fünf Stufen mit langen Schritten kilometerweit jenseitwärts. Jeder hat eine geräumige Kiepe auf dem Rücken, den Sammelbehälter für die zu erwartende Beute. Still, den schwarzen, beifühenden Priem zwischen den Zähnen kauend, wandern sie mit gebogenem Rücken ihrem Ziele zu. Das ist jene Peripherie des Watts, wo sich Schlamm und Schlamm miteinander vermählen, wo das Wasser auch bei Ebbe einen Fuß hoch über dem Schlamm steht, und wo es in der Regel von den kleinen, langschwänzigen, grauen Meeresbewohnern, Krabben, Garnelen oder Granat genannt, wimmelt.

Bis über die Knie im Wasser wadend, schlürfen jetzt die Männer das an langem Stiel befestigte Netz hin und her. In kurzen Zwischenräumen wird die Beute gefischt und in der Kiepe geborgen. Ununterbrochen geht die Arbeit, schwerer und schwerer wird die wassertriefende Kiepe. Der Tag ist günstig, das Meer ist nicht allzu aufgeregelt, die Krabben halten stand. Auch die störenden, von den Grodenwiesen entführten Heumassen schwimmen heute nicht im Krabbengezielt.

Dennoch ist's eine harte Arbeit, das Krabbenfischen, und die fünf Männer sind froh, als sie nach zweistündiger Tätigkeit landeinwärts waten können. Wieder geht's im Gänsemarsch; die gefüllte Kiepe drückt auf den Rücken und tiefer treten die bloßen Füße in den mit scharfen Nuscheln durchsetzten Schlamm. Kleine Verletzungen an den Füßen bleiben nicht aus. Hart diesseits des Deiches steht eine kleine Hütte. Leicht, grauer Rauch qualmt aus dem verbogenen Blechdach. Eine Frau hat hier kochendes Wasser zu recht gemacht. Aufatmend werfen die Männer ihre Last vom schmerzenden Rücken. Schon geht die Frau der Reihe nach das dampfende Wasser über den lebendigen Gang. Von Kiepe zu Kiepe geht sie mit ihrem Eimer, brüht die kleinen, trappelnden Tierchen in den Topf. Ganz rot werden diese.

Jeder der Männer hat etwa fünfundsiebzig Pfund in seiner Kiepe eingebracht. Am Abend werden die Krabben auf dem Markt verkauft. Das Pfund zu zwanzig Mark. Ergibt pro Fischer fünf-hundert Mark. Der Gang war also lohnend, zumal die fünf gar nicht mal Berufsfischer, sondern nur „Latenfischer“ sind, die morgen

Dr. Breitscheid hatte sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen. Die Klage stützte sich darauf, daß Kloth im „Freien Wort“ einen Artikel „Mehrere neue Wajefisien“ veröffentlicht hat. In diesem Artikel beschuldigt er sich eingehend mit der Politik des Ingeordneten Dr. Breitscheid und behauptet, daß die Außenpolitik der U.S.B. während des Krieges die deutschen Interessen schwer geschädigt habe. Insbesondere habe Breitscheid das Vaterland verraten, (1) die von ihm im Ausland veröffentlichte vertrauliche Denkschrift der wirtschaftlichen Verbände von 1915 würde wohl ein schönes Stück Geld eingebracht haben. Der Angeklagte Kloth legte in längeren Ausführungen dar, daß die Tätigkeit der U.S.B. zu einem guten Teil auf ausländische Unterstützung angewiesen sei. Er erinnere an die Sowjetrußland, die Ostark Cohn für Revolutionszwecke erhalten habe. Zweifellos wären auch französische Gelder in die Parteikasse geflossen. Breitscheid habe bei Beginn des Krieges in der dänischen Parteipresse 1914 einen Artikel veröffentlicht, in dem er fälschlicherweise behauptet, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Anwachsen begriffen sei, während das Gegenteil der Fall war. Dadurch habe er den Eindruck im Ausland erweckt, als ob Deutschland am Zusammenbrechen sei. Die U.S.B. habe auch das Buch „J'accuse“ lanciert und sei offenbar von der französischen Regierung hoch bezahlt worden.

Dr. Rudolf Breitscheid, der Nebenkläger, trat diesen Darlegungen entschieden entgegen. Er bestritt, daß er jemals auch nur einen Pfennig Geld vom Auslande bekommen habe. Obwohl er nichts mit der Parteileitung zu tun habe, wäre er doch wohl in der Lage zu beschwören, daß diese Partei niemals ausländische Gelder erhalten habe. Die Denkschrift habe er niemals in das Ausland verschickt; er habe sie nur seiner Korrespondenz für Deutschland beigelegt mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß kein Exemplar davon ins Ausland dürfe. Auch gegen den Vorwurf, daß er selbst oder seine Partei in der Außenpolitik französisch orientiert sei, erhebt Dr. Breitscheid entschieden Widerspruch. Er sei für eine arbeiterfreundliche Politik auf Grund einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich.

Auf Antrag des Verteidigers Dr. Alsbere wurde dann der Herausgeber der Preussischen Jahrbücher, Dr. Schotte, vernommen, der als Sachverständiger auszusagen sollte. Er äußerte sich dahin, daß bei den nationalen Parteien die Politik der U.S.B. und insbesondere die Außenpolitik Dr. Breitscheids als Deutschland schädlich betrachtet worden sei. Nach dem Beispiel der russischen Hilfspolizei sei der Verdacht nahegelegt, daß die U.S.B. vom Auslande auch anderweitig finanziert worden sei. Das nachzuweisen, sei aber nicht möglich, da jede Partei ihre Finanzierung aus begreiflichen Gründen verschleierte. Der Sachverständige ist der Meinung, daß Dr. Breitscheid keine ausgedehnte Betätigung auf dem Gebiete der Außenpolitik nicht aus eigenen journalistischen Mitteln habe aufbringen können.

Der Nebenkläger, Dr. Breitscheid, trat diesen Ausführungen sehr scharf entgegen und bestritt insbesondere, daß er für seine Auslandsreisen irgendwelche besonderen Aufwendungen gehabt habe. Wenn der Sachverständige seine Reise nach Paris angezogen habe, so bemerkte er, daß er auf Einladung der französischen Journalisten zum Todestage von Jaurès eingeladen worden sei. Auch über die anderen Angaben des Sachverständigen kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Als Sachverständiger der Gegenseite wird dann der Abgeordnete Eduard Bernstein vernommen, der sich dahin äußert, daß die annexionsistische Denkschrift der Wirtschaftsverbände von dem Gesichtspunkt aus zu betrachten sei, daß sie sich gegen die Regierung Rothmann richtete. Sie sei in Tausenden von Exemplaren in Deutschland verbreitet gewesen und auch schon in einem Flugblatt, das er mit Haase und Kautsky 1915 veröffentlicht habe, sei auf die annexionsistische Agitation hingewiesen worden. Mit der Veröffentlichung habe Breitscheid nichts zu tun gehabt. Der Vorwurf, den der Angeklagte dem Dr. Breitscheid gemacht habe, daß er das Vaterland verraten habe, nur des Vorwurfs wegen, sei das Beleidigendste, was einen Politiker treffen könne.

Der Staatsanwalt hielt den Wahrheitsbeweis für misslungen. Er beantragte für Kloth eine Gefängnisstrafe von 1 Monat. R. A. Dr. Alsbere war im Gegensatz dazu der Meinung, daß der Angeklagte zu seinen scharfen Worten berechtigt gewesen sei auf Grund der Äußerungen, die die dem Nebenkläger nahestehenden sozialistischen Zeitungen, wie die „Münchener Post“, über ihn verbreitet hätten. Durch die Verhinderung der Denkschrift habe Breitscheid fahrlässig gehandelt, denn er habe damit rechnen müssen, daß die Schrift auch in das Ausland kam. Von den Franzosen sei diese Denkschrift dann auch als ein Trumpf behandelt worden.

in der Fabrik am Schraubstock stehen oder über die Ackerfurchen schreiten. Und also nur Sonntags diesem Sport nachgehen.

Ein Grund für die durchgehenden Männer, unterwegs erst mal in der „Seemüde“ einzutreten und zwei Doornkaats hinunterzugehen.

Ueber die ägyptischen Hieroglyphen sprach der stets gern gehörte Prof. Dr. Georg Steindorff in der Urania. Der Redner gestaltete seinen Vortrag zu einem Ehrenabend des großen französischen Gelehrten Francois Champollion, der am 27. September 1822, also vor genau 100 Jahren, die Grundzüge zur Entzifferung der Hieroglyphen schuf. Dadurch wurde die Weltgeschichte um Jahrhunderte verlängert, die ägyptische Welt, eingeschlossen in Stein, gewann mit einem Schloß ihr Leben zurück und der ganz alte Orient, die Wiege unserer Kultur, wurde für uns verständlich. Bislang habe man die Hieroglyphen fälschlich als Symbole, als Gebärden gedeutet, und man machte wohl den Versuch, Rätsel zu lösen, aber nicht den, eine Schrift zu lesen. Nur ein kleiner Kreis von besonnenen Gelehrten neigte der Ansicht zu, man habe es mit Zeichen für Laute zu tun. Champollion hinterließ bei seinem frühen Tode bereits ein Alphabet mit 15 Buchstaben. Hernach waren es die beiden Deutschen Lepsius und Brugsch, die mit Erfolg weiter arbeiteten und der einen wissenschaftlichen Großtat manche neue hinzufügten. Jetzt wissen wir, die alten Ägypter hatten ein Alphabet von 24 Buchstaben, das uns beim Beginn der ägyptischen Geschichte als fertige Schrift entgegentritt. Gewisse Veränderungen zeigte der Vorliegende vergleichend an Hieroglyphen von 2900 bis 100 v. Chr. Die alten Ägypter verstanden eine dekorative, ornamentale Verwendung ihrer Schrift. Neuerdings finden die Gelehrten einen Zusammenhang zwischen dem altägyptischen und dem phönizischen Alphabet, und so kommen wir auch dadurch wieder zu einer besonderen Ehrung der alten Ägypter, der Lehrmeister unserer Buchstabenschrift.

Opium. Der Unterausschuß des Völkerbundes hat in diesem Tagen Beschlüsse gefaßt, um den Handel und den übermäßigen Genuß von Opium zu unterbinden. Es soll die Einfuhr unter Kontrolle gestellt werden. Die Frage wurde schon auf der Konferenz von Washington wieder angeschnitten, jedoch erfolglos. Was für eine Bedeutung die Opiumfrage für die einzelnen Mächte, insbesondere aber für England, besitzt, kann durch folgende Daten veranschaulicht werden. Sachverständige Kerze haben festgestellt, daß das Opiumbedürfnis der Welt alles in allem drei Tonnen (sie eine Tonne für Europa, Asien und Amerika) ausmacht. In Indien produziert man aber gegenwärtig 1273 Tonnen Opium, von denen 741 außerhalb des britischen Reiches exportiert, 532 dagegen in Indien und in den anderen englischen Kolonien abgesetzt werden. Der Vertrieb ist von der Regierung monopolisiert, die Produktion selbst wird von ihr durch Gewährung von Vorstufen gefördert. (Nebenbei bemerkt: Es ist der einzige Produktionszweig, den die Regierung unterstützt.) Dieser Hilfe ist es zu verdanken, daß die indische Opiumproduktion sich in dem letzten Jahrzehnt um 63 Prozent erhöhte.

Der Vertrieb war nun nicht immer eine einfache Angelegenheit. J. B. vor der Opiumkonferenz in China im vorigen Jahrhundert verboten, und so hatte die englische Regierung ernste Sorgen, wie

Das Gericht kam nach längerer Beratung zu folgendem Urteil: Die Artikel stellen Behauptungen auf, die schwer beleidigender Natur sind. Der Wahrheitsbeweis ist nicht erbracht worden. Der Vorwurf, daß Dr. Breitscheid Vorkdesverrat gelübt und dabei ein schönes Stück Geld aus französisch-Hilfsquellen verdient habe, sei einer der schwersten Vorwürfe, die einen Politiker treffen könnten. Bei Berücksichtigung des Strafmaßes habe das Gericht erwogen, daß es Dr. Breitscheid weniger darum zu tun sei, seinen Gegner einer schweren Strafe auszuweisen, als vor Gericht festzustellen, daß die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen unwahr seien. Das Gericht hat auch dem Angeklagten zugestimmt, daß er geglaubt habe, was er gesagt habe. Daher hat das Gericht auch nicht auf eine Freiheitsstrafe erkannt, sondern auf die höchste Geldstrafe von 500 Mark, da das neue Höchststrafengesetz noch nicht auf diesen Fall, der vor Einführung des Gesetzes liegt, Anwendung finden konnte.

Die Not der Presse.

Das „Hamburger Echo“ erscheint nur einmal täglich.

Hamburg, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Eine Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei für das Hamburger Staatsgebiet beschloß heute abend, dem Vorstoß der Parteivorstände und der Pressekommission, das „Hamburger Echo“ ab 1. Oktober nurmehr siebenmal wöchentlich erscheinen soll, zuzustimmen. Damit ist das einzige sozialistische Organ, das in Deutschland neben dem „Vorwärts“ noch zweimal täglich erschien, zur einmaligen Ausgabe übergegangen. In der Versammlung sprachen dann noch je ein Vorstandsmittglied der Sozialdemokratie und des Ortsvereins der ehemaligen U.S.B. über die vollzogene Einigung und die Aufgaben der einzigen Partei. Der Zusammenschluß in Hamburg wurde von der Versammlung mit Begeisterung begrüßt.

Der Untergang der „Hammonia“.

Anlagen gegen die Schiffsführung.

Ueber den Untergang der „Hammonia“, die am 9. September vor Vigo sank, wobei zahlreiche Menschen ertranken, bringt die „Rote Fahne“ den Bericht eines Befahungsangehörigen, der den Untergang des Hapag-Dampfers auf schwere Fahrlässigkeiten der Leitung zurückführt. Die Vorfälle (Defnungen, durch die Äsche und Schläde ausgeflogen wird) sollen nicht vorschriftsmäßig geschlossen gewesen sein, die Bedienung eines Kohlentrimmers, daß durch die Defnungen Wasser eindringt, sei von dem angeblüh betrunkenen ersten Maschinisten misachtet worden. Die Maschinensumpen, die das eindringende Wasser hätten bewältigen können, seien erzwungen gewesen, ebenso eine von zwei vorhandenen Handpumpen. Es sei auch noch möglich gewesen, wenn die Schiffsteuerung rechtzeitig die Gefahr beachtet hätte, einen Hafen anzuliegen.

Wir geben diese Mitteilungen unter allem Vorbehalt wieder, können aber das Verlangen der „Roten Fahne“ nach genauer Untersuchung des Falles nur unterstützen.

Bezahlung der Befahrungskosten.

Amerika fordert Farbstoffe ohne Geldbezahlung.

New York, 28. September. (W.T.B.-Zuspruch.) Die der „New York Times“ aus Washington gemeldet wird, hat Staatssekretär Hughes einen Plan ausgearbeitet, wonach vorbehaltlich der Zustimmung der Reparationskommission den Vereinigten Staaten gestattet sein soll, ihren Anteil in Gestalt von deutschen Farbstoffen ohne Geldbezahlung zu erhalten. Der Preis der Farbstoffe soll der amerikanischen Forderung von 256 Millionen Dollar für die Erhaltung der amerikanischen Befahrungstruppen am Rhein gutgeschrieben werden.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, in dem alle landwirtschaftlichen Körperschaften zusammengeschlossen sind, fordert in einem Aufruf die gesamte deutsche Landwirtschaft auf, den durch die Polenauflände in Not geratenen deutschen Landwirten Ober-schleisiens mit Spenden zu Hilfe zu kommen.

Die das Opium los werden sollte. Aber sie war ja nicht nur Opiumhändlerin, sie war auch seit jeder Beschäftigung des Selbstbestimmungsrechts und der Meinungsfreiheit, und vor allem der Handelsfreiheit. Sie konnte es nicht vertragen, daß das arme chinesische Volk so schamlos vergewaltigt wurde, daß man ihm den Genuß des Opiums verwehrte. So hat sie die chinesische Regierung in zwei blutigen Kriegen (1829—41 und 1859—60) mühe gemacht und zur Aufhebung des Einfuhrverbotes für Opium gezwungen. Nun konnten auch die Chinesen die „Genüsse der sieben Himmel“ auskosten. 1907 schloß endlich die chinesische Regierung mit der englischen ein Abkommen, wonach die englische Opiumeinfuhr nach China jährlich um 10 Prozent verringert werden soll. Seit 1917 ist also die Einfuhr nach China nicht mehr gestattet. Die englische Regierung ließ sich aber nicht so leicht unterliegen. Jetzt wird das Opium nicht als Rohprodukt exportiert, sondern nach London verschifft, dort zu Kokain, Morphium- usw. Präparaten verarbeitet und so exportiert. Das ist auch ökonomischer: es entfällt so hierdurch eine „Veredelungsindustrie“ (zur Veredelung der chinesischen Borkmissionen). 25 Tonnen solcher Präparate sind 1921 nach Japan eingeführt worden, von wo sie nach China eingeschmuggelt werden. Über England exportiert auch nach Amerika und Europa große Mengen (der pro-Kopf-Verbrauch beträgt in Amerika 36, in Indien 26, in Frankreich 3, in Deutschland 2, in Italien 1 Gramm). In Mesopotamien und Palästina wurde mit dem englischen Protektorat auch der Segen des Opiums eingeführt. Im Mutterlande selbst wird aber der Opiumgenuß strengstens verfolgt. Fragt man die englischen Regierungsvertreter, warum man ihn nicht auch in Indien verbietet, so sagen sie, es sei die innere Anlegenheit des indischen Volkes und England wolle sich nicht gemischt einmischen.

Ein Valutageschäft in Kasse. Ort der Handlung: Das deutsche Fährschiff mit dem Namen eines ehemaligen mecklenburgischen Potentaten, von Giesder nach Bornemünde. Es gibt Mittoessen in der Kajüte 1. Klasse zu 300 M., in der 2. Klasse zu 220 M. Für die Dänen riesig billig — 1,20 Kr. oder 88 Ders. Für mich zu teuer. Bin überdies von meinen Kopenhagener Gastgebern mit Emdebrüden reichlich versorgt bis Berlin. Aber ich habe Durst und möchte ein Rännchen Kaffee trinken; vielleicht den letzten „richtig-gutgebenden“ Kaffee auf Monate hinaus. Kaffee gibts nur auf dem Deck für erstklassige Passagiere. Mein Kaffeedurst treibt mich unter die Erstklassigen. Der Kaffee ist gut, mit Milch und Zucker. Kostenpunkt 100 Mark — ohne Trinkgeld. Ich gebe nichts. 100 Mark für einige Schluck Kaffee — das ärgert mich. Aber was will ich denn? Es sind ja nur 40 Ders. Ich habe sie nicht. Dafür aber noch zwei Zwanzig-Ders-Marken für zwei vergessene Anfahrtskarten. Ich biete sie meinem dänischen Reisegenossen an, der vom „Spise“ aus der Kajüte 2. Klasse kommt. Er nimmt sie mir ob zum vollen Wert. Ich habe meine 100 Mark für den Kaffee wieder!

Zu Großen Schauspielhaus beginnen die Abonnementsbesprechungen am 2. Oktober. Bis zu diesem Tage müssen die Nachzahlungen an den Abonnementsbesprechungen und die Eintrittskarten abgeholt sein. Abonnenten, die die Nachzahlung nicht leisten wollen, erhalten gegen Rückgabe des Abonnementsbilletts den von ihnen gezahlten Betrag zurück.

Pau'sa Wirt, den älteren Berlinern vor ihrer Tätigkeit am Berliner, Refebenz- und Lesing-Theater bekannt, ist in Bremen gestorben.

Stadtverordnetenbeschlüsse über Notstandsmaßnahmen

Noch keine Beratung über den Straßenbahntarif.

Zum Kampf gegen Teuerung und Bewucherung fasste gestern die Stadtverordnetenversammlung eine Reihe Beschlüsse, die ihr der zur Vorbereitung der bekannten Anträge eingesehnte Ausschuss empfahl. Die Kommunisten machten nochmals ihre auf agitatorische Wirkung abzielenden eigenen Vorschläge, die ihr Redner stolz als „positive“ bezeichnete. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, dem auch Demokraten, Wirtschaftspartei und Deutschnationalen ihre Zustimmung gaben, wollte für die Warenpreisbemessungen das Recht voller Einsetzung des Wiederbeschaffungspreises retten. Die gesamte Linke, mit der auch die Zentrumspartei stimmte, trat diesem Versuch entgegen und erreichte die Annahme auch des gegen den Mißbrauch des Wiederbeschaffungspreises sich richtenden Abschnittes der Ausschusshandlung. — Im letzten Teil der Sitzung kam es zu einer lebhaften Aussprache über die Wohnungsbaubgabe, deren Erhöhung beschlossen wurde. Ueber die Dringlichkeitsvorlage betreffend die Straßenbahntarifserhöhung wurde noch nicht beraten.

Zur gestrigen Sitzung hatte der Magistrat die Versammlung wieder einmal mit 3 Dringlichkeitsvorlagen überrascht, zu denen sich zu Beginn der Verhandlungen sogar noch eine vierte gesellte. Die letztere verlangt eine weitere Steigerung des Preises für die Kilowattstunde elektrischen Stromes von 25 M. (wie er in der ersten Dringlichkeitsvorlage vom 23. d. M. normiert ist) auf 28 M.; die zweite Vorlage vom 23. fordert die Erhöhung des eben erst auf 10 M. heraufgesetzten Straßenbahntarifs auf 15 M., die dritte will an die Stelle der Bestimmung für die Festsetzung des Straßenbahntarifs die Vereinfachung setzen. Alle diese Vorlagen werden mit der Dringlichkeit der Auszahlung der erhöhten Arbeiterlöhne begründet. Die Elektrizitätspreisvorlage wurde nebst ihrer Ergänzung an einen Ausschuss verwiesen, die Dringlichkeit der beiden anderen Vorlagen lehnte eine große Mehrheit ab. In der Aussprache darüber gab sich Kammerer Dr. Karding die größte Mühe, seinen Widersachern Koch (Dnat.) und Dr. Rosenberg und Schumacher (Komm.) nachzuweisen, daß sich seit 8 Tagen die Wirtschaftslage so zuungunsten der Stadt verändert habe, daß speziell die unverzügliche Weitererhöhung des Straßenbahntarifs eine unbedingte Notwendigkeit sei. Auch Stadtrat Koblentz wies mit Nachdruck darauf hin, daß der Magistrat bereits Beschluß gefaßt habe, dem Vorschlag des Reiches entsprechend eine weitere Erhöhung der Arbeiterlöhne einzutreten und die erhöhten Beträge baldigst auszahlen zu lassen. Aber es war für gestern alles vergebens. — Auf die Anfrage der Kommunisten vom 4. Mai, welche Schritte der Magistrat getan habe, um die schuldigen Polizeioffiziere, die am 2. Mai mit blanker Waffe gegen harmlose Demonstranten vor dem Rathaus vorgingen, zur Verantwortung zu ziehen usw., gab Stadtrat Wege die Erklärung ab, daß nach dem Bescheid des Polizeipräsidenten die Feststellungen ergeben haben, daß die beteiligten Polizeibeamten im Rahmen ihrer Dienstbefugnisse gehandelt haben, daß daher kein Anlaß vorliegt, sie zur Verantwortung zu ziehen. — Ein Antrag der Kommunisten auf Besprechung fand nicht die hinreichende Unterstützung.

Zur Annahme kam ein dringlicher Antrag des Zentrums, der den Magistrat auffordert, endlich die Rot der Hilfslehrer zu lindern und für die Erhöhung der gänzlich unzureichenden Honorarfähre für die Lehrstunden zu sorgen. Ueber die Ausschussbeschlüsse zu den Anträgen aus der Versammlung betr.

Maßnahmen zur Behebung des Notstandes referierte Pattloch (Soz.). Der Ausschuss hat eine ungemein umfangreiche Resolution vorgeschlagen. In derselben werden vom Reich 1. Maßnahmen gegen die Auswüchse des Devisenhandels, 2. Außenlaststeuern für Ausländer, 3. Vermeidung der Gefährdung der Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln durch die Erfüllung der Reparationslasten gefordert. 4. soll die Reichsregierung dahin wirken, daß alle Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung des Wuchers von Erzeugern und Händlern ergriffen werden. Die sprunghaftesten willkürlichen Preisserhöhungen für die Nahrungsmittel und notwendigen Bedarfsgegenstände haben — besonders durch Berechnung des Wiederbeschaffungspreises — Formen angenommen, die nur als

glatter Wucher bezeichnet werden können, da die Herstellungskosten in keinem Verhältnis zu den jetzigen Preisen der Waren stehen. — Weiter wird unter 5 Verstärkung der Reichsmittel für Rentner und sonstige Unterstützungsempfänger gefordert, unter 6 eine Änderung der Steuererhebung dahin, daß den Städten wieder das Recht gewährt wird, Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben. Ferner werden zahlreiche Anregungen für die Förderung, Sicherung und Ergänzung der Produktion gegeben, Einschränkung des Luxusverbrauchs befürwortet und schließlich schleunigste Inflation der kommunalen Beherbergungssteuer für Ausländer, sowie ausreichende Sicherstellung der notwendigsten Lebensmittel und Brennmaterialien verlangt.

Die Streichung des durch Fettbruch hervorgerufenen Satzes unter 4 beantragt die Deutsche Volkspartei. Der Referent betonte u. a. noch, daß der Ausschuss auch die Einführung von Gefrierfleisch empfehle, da er der Ansicht sei, daß das Publikum sich von einem nicht gerechtfertigten Vorurteil in diesem Punkte bisher habe leiten lassen. In der Erörterung trat die Abneigung der bürgerlichen Parteien, dem Wucher energisch zu Leibe zu gehen, scharf hervor. Den ersten Satz unter 4 akzeptierten sie, um so bestiger opponierten sie gegen den zweiten Satz, der doch dem ersten erst greifbaren Inhalt gibt. Der Reihe nach traten Dinke (Dnat.), Frau Dr. Wager (D. Sp.), Mertens (Dem.) und Perschke (W.P.) gegen ihn in die Schranken. Dörr (Komm.) ließ an den Ausschusshandlungen kein gutes Haar. — Stadtrat Richter konnte als neue Tatsachen mitteilen, daß der

Abbruch der Kartoffellieferungsverträge perfekt sei und die Lieferungen demnächst beginnen werden; auch sei eine Beschränkung der Butterauktionen angeordnet. — Genosse Arndt stellte fest, daß mit den Ausschusshandlungen natürlich nicht die Rot der Berliner Bevölkerung durchgreifend gemildert sei; denn dazu sei Berlin heute weniger denn je in der Lage. Wer den Wucher wirklich ernsthaft bekämpfen wolle, müsse auch den zweiten Satz annehmen. Gegen die Nummer 6 nahm der Redner aus dem Gesichtspunkte Stellung, daß man die Steuererhebung der letzten drei Jahre nicht zurückdrehen und nicht wieder ein völliges Durcheinander schaffen dürfe. Zum Schluß nahm der Redner Anlaß, auf die Tatsache hinzuweisen, daß sich in den letzten 14 Tagen die Warenpreise dem ziemlich konstant gebliebenen Dollarkurs nicht angepaßt haben, sondern sprunghaft weiter gestiegen sind; der Dollarkurs sei also nicht der Ausdruck der deutschen Wirtschaftslage, sondern das Ergebnis einer internationalen Spekulation an unseren Börsen, der mit allen Mitteln entgegengetreten werden müsse. — Nach dem Schlusswort von Pattloch nahm die Versammlung die Ausschussvorschläge an, den angeforderten Passus zur Wucherbekämpfung in namentlicher Abstimmung mit 88 gegen 77 Stimmen.

Stadtrat Flatau (Soz.) berichtete dann über die Dringliche betreffend die Anstellung und Pensionierung der Beamten der Stadt Berlin, betreffend die Stellenbesetzung, die Gewährung von Dienstaufwandsentschädigungen und das Stimmrecht der Gemeindebeamten in den Deputationen. Zu den Ausschusshandlungen und den gestellten Anträgen sprachen von sozialistischer Seite Fri. Niedger und Wendi und außerdem Stadtschreiber Lange. Die Abstimmung wurde mit Rücksicht auf eine gleichzeitige Besprechung der Sozialdemokratischen Partei auf die nächste Sitzung verschoben.

Erhöhung der Wohnungsbauabgabe vom 1. Oktober 1922 ab von 25 auf 75 Proz. hat sich der Ausschuss einverstanden erklärt. Auch soll der Magistrat ersucht werden, a) auf eine Änderung des Reichsmietengesetzes dahin zu wirken, daß die Einrechnung der Abgabe unmittelbar durch die Steuerbehörden geschieht, b) von der Regierung energische Maßnahmen gegen den Baustoffwucher zu fordern. Dörr bezeichnete diese Wohnungsbauabgabe und ihre Erhöhung als einen Skandal schlimmster Art, da es daraus hinauskomme, ungeheure Summen aus der vereinfachten Bevölkerung herauszupressen, um sie auf dem Wege der Steuergewinnlitzeln zu verheeren, die es nicht nötig hätten. — Stadtrat Wucher hat einfach die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Für die Beschaffung billiger Baustoffe hat das Siedlungsamt das Mögliche

getan; aber den Wucher hat es auch nicht ausrotten können. Die Erhöhung wurde beschlossen. Schluß 10 Uhr.

Vereinigte sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Die Vorstände der beiden sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen trafen gestern zur Beratung über die Verschmelzung der beiden Fraktionen zusammen. Es ergab sich Einmütigkeit darüber, daß die erste gemeinsame Sitzung am Dienstag, den 3. Oktober, unter dem Vorsitz des Altersvorsitzenden Genossen Pfannkuch stattfinden soll. Die Leitung der Fraktion soll zunächst einem Vorstand übertragen werden, der sich aus den gleich starken Vorständen der bisherigen Fraktionen zusammensetzt. Gleichberechtigte Vorsitzende der Fraktion werden demnach die Genossen Hugo Heilmann und Dr. Wenl.

Wer erhält Brotkarten?

Nichtbezugsberechtigte haben die Karten zurückzugeben. Nach der bekannten Verordnung des Reichsernährungsministers vom 8. September 1922 haben vom 16. Oktober auf Brotkarten die Bemitteltesten keinen Anspruch mehr. Als Bemittelte gelten alle diejenigen Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen im Kalenderjahre 1921 30 000 M. übersteigt hat. Bei Personen, die in einem gemeinsamen Haushalt, d. h. in Wohnungs- und Verpflegungsgemeinschaft leben, werden der Einkommensgrenze der Haushaltsvorstandes von 30 000 M. für jede Person, der in gemeinsamen Haushalt Unterhalt gewährt wird (auch Diensthelfer und ähnliche), noch 15 000 M. hinzugerechnet. Besteht also ein Haushalt aus dem Haushaltsvorstand und drei Personen, so hätte dieser Haushalt Anspruch auf Brotkarten, wenn das gemeinsame steuerpflichtige Einkommen im Kalenderjahre 1921 nicht mehr als 75 000 M. betragen hätte; übersteigt das Einkommen der vier Personen diesen Betrag, so ist der Haushalt nicht kartenerberechtigt; er bleibt es jedoch ausnahmsweise, wenn das Gesamteinkommen der vier Personen im Wirtschaftsjahr 1922/23 (16. August 1922 bis 15. August 1923) das Vierfache der erwähnten Summe, also 300 000 M. nicht übersteigt. Nach der Ausführungsverordnung des Magistrats ist ein besonderer Antrag auf Zuteilung von Brotkarten nicht erforderlich; es müssen vielmehr alle nach dem Gesagten als bemittelt anzusehende Personen unaufgefordert die Annahme der Brotkarten verweigern oder die Karten unverzüglich zurückgeben, wenn sie sie fälschlich erhalten haben; andernfalls ziehen sie sich der im Gesetz vorgesehenen Bestrafung aus. Das Ernährungsamt, das Bezirksamt oder die Brotkommission sind in jedem Fall berechtigt, den Nachweis der Versorgungsberechtigung zu fordern.

Gegen Abgabe des mit A I bezeichneten Abschnittes der Milchkarten A I für den Monat September (für Kinder im ersten Lebensjahr) werden 2 Pfund Zucker zum Kleinhandelspreis von je 35 M. ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt ohne Voranmeldung in der Zeit vom Mittwoch, den 4. bis einschließlich 10. Oktober; a) in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung und des Beamtenwirtschaftsvereins nur für deren Mitglieder, b) in den an den Ausschussstellen und in der nächsten Nummer des Gemeindeblattes angegebenen Kleinhandelsgeschäften.

Um die Butter.

Gegen die Warenzurückhaltung der Produzenten. Durch Verfügung des Reichsernährungsministers ist bekanntlich die Abhaltung von Butterauktionen in Zukunft von Garantien abhängig gemacht worden, die dem Ernährungsministerium oder den zuständigen Stellen der Länder gegeben werden müssen, falls nicht in absehbarer Zeit ein vollständiges Verbot der Auktionen stattfinden soll. Diese Garantien bestehen in erster Reihe darin, daß die Butterproduzenten, also in erster Reihe die Landmolkereien gezwungen werden sollen, ihre gesamte Produktion den Auktionen zur Verfügung zu stellen. Bisher ist in steigendem Maße die Beobachtung gemacht worden, daß die Molkereien etwa nur den vierten oder fünften Teil ihrer Gesamtproduktion auf die Auktionen sandten und infolgedessen künstlich eine Warenknappheit herbeiführten, die zum großen Teil an der Preisbildung schuld trug, die

Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelson.

Am nächsten Tage kam Sachawachial. Man hatte ihn erwartet, und als ein Eskimo einen Schlitten über den Rand des Hügels heraufkommen und sich in rasender Fahrt nähern sah, verkündete er ringsherum: „Sachawachial kommt!“

Das wirkte auf die Eskimos wie ein gellender, aufstachelnder Schrei. Mann um Mann nahm ihn auf und sandte ihn weiter, in wenigen Sekunden ertönte der Ruf über den ganzen Wohnplatz: „Sachawachial kommt!“ Und vom Landeis, von den Hütten und Arbeitsplatzen kamen die Eskimos angelaufen, sie wollten dabei sein, wenn er mit den Weihen oder dem Weihen — Jim Hackett war ja allein — abrechnete.

Rasch näherte Sachawachial sich in der ausgefahrenen Spur, ja, das war er, sie erkannten alle seine hohe, schlanke Gestalt, wie er da auf dem Schlitten, mit dem Speer in der einen und der knallenden Peitsche in der anderen Hand stand. Die Kapuze des Anorak war ihm vom Kopf geweht, und sein langes Haar flatterte frei im Winde. Er stand etwas vornübergebeugt mit gespreizten Beinen, um das Gleichgewicht zu halten, er schielte sich wieder selbst aus den Augen seiner Glanzzeit, als er am Bug des Umiaks stand und sein Volk zum Kampf gegen den Wal führte.

Aber damals war sein Blick ruhig und kalt gewesen, nicht suchend wie jetzt, sie drückten sich zusammen, seine früheren Freunde, als er zwischen sie fuhr und vom Schlitten sprang; sein Auge verhielt nichts Gutes für den, der ihm zu trohen wagte.

Er sah sich im Kreise der Gesichter um, blitzschnell und scharf, ohne doch den zu bemerken, den er zu finden gehofft hatte, und sofort wurde er ruhiger. — Er sah sich wieder nach einem Freunde um, doch begegnete er nur finsternen, ernsthaften Gesichtern. — Nicht einer lächelte. War es sein alter Ruf als bester Fänger des Wohnplatzes, oder war es vielleicht der Schmerz, der deutlich auf seinem Gesicht zu lesen stand, die die ganze große Versammlung zum Ernst, zum Schweigen, zum Mitgefühl mit dem früher so starken Manne zwangen. Er öffnete ein paarmal den Mund, wie um zu sprechen,

und schloß ihn wieder; doch endlich bekam er die Worte heraus: „Wo ist Igluruk?“

Keiner antwortete, keiner hatte Lust, sich der bestimmungslosen Rache des rasenden Mannes auszuweichen. Uwaras Totschlag war ja bekannt, sie duckten sich, alle die vielen Leute, nicht ein einziger von ihnen hatte den Mut, das Wort zu sagen: „fort!“

„Hört ihr nicht?“ wiederholte er langsam und deutlich, während seine Augen wieder ihren wilden Glanz bekamen, „hört ihr nicht, wo ist Igluruk und der schwarze Joe, sind sie noch hier?“

Immer noch keine Antwort, aber nun stieg der Horn in Sachawachial auf, er packte den Nächststehenden und schüttelte ihn. „Antworte mir, wo ist Igluruk, wo ist der schwarze Joe?“

„Fort,“ stammelte der Mann und riß sich aus Sachawachials Griff los, „gestern abgereist, nach Süden.“

Die Gewisheit wirkte lähmend an Sachawachial, und ein unendliches Ohnmachtsgefühl besaß ihn. Er war doch so rasch gefahren, hatte sich so furdtbar abgearbeitet, um nach Numuk zu kommen, bevor die Weihen Urat ahnten, und trotzdem kam er zu spät, im Augenblick war der schwarze Joe seiner Rache entschlüsselt, aber er war wohl noch einzuholen, weit konnte er nicht sein, er mußte auf der Stelle ausbrechen.

Er wandte sich zum Gehen, ohne zu fragen, ohne ein Wort zu sagen, als plötzlich ein höhnisches Gelächter dicht neben ihm ertönte, er kannte das, drehte sich auf den Hacken herum und stierte in Jim Hacketts spöttische Augen.

„Ne,“ sagte Jim, „bist du endlich zurückgekommen? Die Jagd hat eigentlich lange gedauert, aber großer Gott, wie siehst du denn aus, es ist mir gut, daß Igluruk nicht hier ist, sie würde dich sicher nicht wiedererkennt, nein, sie hat doch den schöneren Mann gewählt, als sie mit dem schwarzen Joe davonfuhr!“

Aber mehr konnte er nicht herausbrinnen, mit einem Sprunge war Sachawachial bei dem weihen Feinde; er packte ihn an der Kehle, drückte zu, und sie stürzten zusammen zur Erde.

Jim Hackett war stark, aber Sachawachials würgender Griff um seine Kehle hätte ihn bald erledigt, er wandte und drehte sich, um loszukommen, aber Sachawachial hielt fest und bearbeitete mit der freien Hand seinen Kopf. Jim war nicht daran, im Kampfe zu unterliegen, als es

ihm gelang, sich herumzudrehen und einen Arm um Sachawachials Nacken zu schlingen; er drückte zu und zwang Sachawachials Kopf an seine Stirn herunter, bog den Kopf seines Gegners nach hinten und drückte — ein unerträglich Griff.

Das half. Sachawachial konnte keinen Griff um Jims Kehle nicht mehr beibehalten, sondern ließ los, und schwer atmend wälzten sich die beiden im Schnee herum, während die Eskimos dastanden und schmelzend und ernsthaft zusahen, ohne dem einen oder anderen zu helfen. Vergangenheit und Gegenwart mußten ihren Kampf allein austragen.

Jim Hackett war stark, aber Sachawachial war doch der Stärkere, und der Weiße würde bei einem erblichen Kampfe Mann gegen Mann den kürzeren gezogen haben. Doch Jim wachte nichts von Ehrlichkeit, weder beim Geschäft, noch bei einer Schlägerei, ein Dolch würde den Ausfall zu seinem Vorteil gewandt haben, einen Dolch wollte er gebrauchen, und er nahm seine ganze Kraft, seine ganze Gewandtheit zusammen, um mit einem plötzlichen Ruck den rasenden Eskimo so weit von sich abzuschütteln, daß er sein Messer, das ihm an der Seite hing, zu fassen bekam.

Es glückte, das blanke Messer blühte im Sonnenlicht, einmal, zweimal — dann löste sich Sachawachials Griff, er fühlte seinen rechten Arm so schlapp und schwer werden. Jim riß sich los, sprang auf, blutig und zerschlagen, aber als Sieger! Wieder hatten die Weihen die Oberhand gewonnen!

Er ging nach seiner Hütte, ohne sich um Sachawachial zu kümmern, der am Strande sitzend zurückblieb, mitten in dem blutigen, zerstampften Schnee, und sich seinen rechten, von zwei tiefen Messerstichen verwundeten Arm hielt. Jims Absicht war gewesen, seinen Feind zu erschlagen, um ihn endlich loszuwerden, aber es gelang ihm bloß, ihn zu verwunden und ihn zu einer mehrtägigen Ruhe zu zwingen; bald würde Sachawachial wieder zum Kampfe gegen den weihen Feind bereit sein und ihn bis zum bitteren Ende durchführen.

Es war schwierig für Sachawachial, Hunde in Numuk zu bekommen. Keiner wagte, ihm auch nur ein einziges Tier zu überlassen, denn Jim Hackett hatte es verboten und denjenigen, die dem früheren Häuptling und Freund halfen, mit der Verfolgung der Weihen gedroht, und dies nicht nur auf einen Monat, auf ein Jahr, sondern stets und überall, und das war keine leere Drohung, die Weihen taten es, wenn sie wollten, so viel hatten die Eskimos schon gefehrt. (Fortf. folgt.)

in scharfem Gegensatz zu den amtlichen Preisen der Butternotierungs-Kommissionen standen. Das geringe Angebot von Butter, und zwar meist hochwertiger Erzeugnisse, veranlaßte die sprunghafte Aufwärtsbewegung, die dann von den Produzenten in der Weise ausgenutzt wurde, daß hinterher die vorhandenen großen Mengen an Butter nur zu den höchsten Auktionspreisen abgegeben wurden. In den Kreisen des Butterhandels steht man der Verfügung des Ernährungsministers allerdings nicht allzu optimistisch gegenüber. Man befürchtet, daß dieser Erlass einen Lieferstreik der Röstereien auslösen wird und daß die Butterauktionen von den Landmolkereien und den großen Genossenschaften gänzlich gemieden werden. In diesem Falle, so nimmt man in den Kreisen des Butterhandels an, würde sich wahrscheinlich der ebenso unerfreuliche Zustand herausbilden, daß der gesamte Butterhandel von einer Gruppe des Großhandels kontrolliert wird und daß auch in diesem Falle ein Preisstabilität bestehen bliebe. In diesem Falle will der Kleinhandel nach den bisherigen Erfahrungen mit den landwirtschaftlichen Organisationen an den Ernährungsminister mit der Bitte herantreten, die Zwangswirtschaft für Milch und Milchprodukte in vollem Umfange wieder einzuführen.

Der Ring an ihrem Finger.

Schwindelchen des Herrn Hu-, Gu- oder Schubelstöff.

Ein internationaler Hochstapler, Heiratsbetrüger und Juwelen-schwindler, der von der hiesigen Kriminalpolizei schon einmal un-schuldig gemacht wurde, treibt sein Unwesen im ganzen Deut-schen Reich. Es handelt sich um einen 24 Jahren alten zu Bern-berg im Bezirk Kärnten in Oesterreich geborenen Roland Hudolf. Seine Schwindelchen gehen in die Millionen.

Als ungarischer Oberleutnant, Chemiker oder Ingenieur Roland Hudolf, Hudelstöff und Schubelstöff, Sohn eines wohlhabenden Gutsbesizers und Eigentümer großer Wälder in Kärnten, sucht er überall Damenbekanntschäften. In mehreren Fällen kam es zur Verlobung. Dann verschwand er plötzlich, nachdem er der „Braut“ oder deren Angehörigen bares Geld oder Schmuckstücke abgeschwindelt hatte. Den jungen Damen gegenüber, deren Be-kanntheit er macht, zeigt er im Laufe der Unterhaltung besonderes Interesse für ihre am Finger getragenen Ringe. Er veranlaßt sie, ihm den Ring zur Besichtigung zu überlassen und steckt ihn an seinen Finger. In geschickter Weise lenkte er sodann die Unterhaltung ab und vergoß die Rückgabe des Ringes. Wenn sie dennoch gefordert wurde, verabredete er mit der Dame für den nächsten Tag eine Zusammenkunft und lud sie trotz aller Einwendungen die überlassenen Ringe als Pfand zurückzubehalten. Durch diesen Trick und andere Schwindelchen erbeutete er im Juli d. J. in Oberammergau Schmuckstücke im Werte von 120 000 M., in Berchtesgaden von einem schwedischen Studenten eine schwedische Silberkrone, am 8. August in Stuttgart von einer Kon-toristin zwei Brillantringe im Werte von 50 000 M. und endlich am 24. August von einer Tanzassistentin einen Brillantring im Werte von 100 000 M. Der Schwindler wird wahrscheinlich auch in Berlin eine Gastrolle geben. Ein be-sonderes Kennzeichen sind zwei Goldzähne links im Oberkiefer.

Breitreiber bei Obst- und Gemüsekonserven.

In der gestrigen Sitzung des Ausschusses der Preis-prüfungskasse wurde gelegentlich der Nachprüfung der Klein-fachverkaufspreise zur Sprache gebracht, daß die Preise, die von den Obst- und Gemüsekonserven-Fabriken gefordert wurden, eine derartige Höhe erreicht haben, daß diese Lebensmittel für die Allgemeinheit nicht mehr erdwinglich sind. Verantwortlich für die unerhörte Preisbildung ist allein der Schutz-verband der deutschen Konservenindustrie in Braunschweig, der ohne Rücksicht auf die Produktionskosten der an-schließenden Fabriken die Preise diktiert und deren Anhebung durch hohe Konventionstrafen sichert. Bei der Höhe der Preis-festsetzung ist mit außergewöhnlichem Gewinn zu rechnen zumal für solche Fabriken, die im Produktionsgebiet liegen oder infolge gün-stiger Einrichtung wesentlich billiger produzieren. Es wird verlangt, daß ungenügend leitens des Reichswirtschaftsministeriums in Ver-bindung mit dem Kartellamt eine Nachprüfung der Verbandspreise vorgenommen und gegen die verantwort-lichen Leiter des Schutzverbandes wegen Wuchers einge-schritten wird.

Strom- und Wasserpreise.

Der Magistrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, wie das Nach-richtensblatt der Stadt Berlin mitteilt, vor endgültiger Entscheidung über die Kohlenlieferungen im Winter des Ergebnis erneuerter Be-sprechungen mit dem Provinzialhochschulrat abzuwarten. Tüher-beim soll der Beschluß über die Verlängerung der Weib-nachlieferungen ausgefertigt und die Schulverwaltung beauftragt werden, mit dem Provinzialhochschulrat in erneute Verhandlung einzutreten. Der Magistrat stimmte ferner der Erhöhung des Elektrizitätspreises um 3 Mark auf 28 Mark zu. Der Magistrat faßte ferner folgenden Beschluß: 1. Der Wasser-preis wird von der Direktion der Wasserwerke unter Hinzuziehung eines Ausschusses der Wertdeputation auf Grund einer Leu-rungsaklausel festgesetzt, als deren Maßstab der jeweilige Koh-lenpreis gilt, mit dessen Steigen und Fallen der Wasserpreis herau-derherpfecht wird. 2. Der Preis für 1 Kubikmeter an private gelieferten Wassers beträgt jeweils für je eine Mark des Brutto-preises für eine Tonne Steinkohle höchstens 0,2 Pf. 3. Von dem Bruttojahresertrag der städtischen Wasserwerke ist ein Teilbetrag von höchstens 5 Proz. an die Rummerei abzuführen.

Jugendnot-Tagung.

Der Bund entschiedener Schulreformer beginnt seine Herbsttagung am 30. September mit einer geschlossenen Ver-treterversammlung. Er tritt an die Öffentlichkeit mit einem Begrüßungsabend für Mitglieder, Freunde und Gäste in dem Kommerzialen Ede Belle-Alliance-Straße und Lektoren-Straße am 30. September 8 Uhr. Am 1. Oktober früh 9 Uhr be-ginnt die „Jugendnot“-Tagung im Bürgeraal des Schöne-berger Rathauses. Eröffnungsgedächtes des Bundesvorsitzenden Prof. Desfeld. Vorträge zum Gesamttitel „Jugend und Familie“ von Bando-Rat Dr. Bangler: Die Jugend im geltenden Recht; N. d. N. Toni Pfaff: Die Auflösung der alten Familie; Jse Müller-Dehring: Das Eindringen der Gesellschaft in die Aufgaben der Familie; Stadtrat Walter Friedländer: Neue Wege der Ge-berung. Am Nachmittag 4 Uhr faßt Dr. Siegr. Kauerer zu-sammen: Von der Familie zum Mutterwesen. Freie Aussprache. — Kartenverkauf: Berksende, Charlottenburg, Bismarckstr. 85 und 86. Ab. Wandeburg Str. 7. Das Landgemeindefaß. C. 54, Sophienstr. 23. Das Heim, Schöneberg, Innsbrucker Str. 14/15, und an der Soalfasse.

Ein Kongreß der Heilsarmee.

Die Heilsarmee hielt in Berlin einen großen Kongreß ab. Unter Be-zugnahme zweier Fahnen marschierten hinter einer starken Musiktruppe die Heilsoldaten. Der Zug lockte eine große Menge Menschen in den Tempel, Drechener Str. 34/35, der bald überfüllt war. Das Innere des Tempels hat nichts von kalter Kirchenpracht an sich. Von bildlichem Schmuck ist fast ganz Abstand genommen worden, nur William Booth's Prophetentopf sieht auf die Besucher herab. Booth, der Gründer der Heilsarmee, dieser Mann, der es verstand, sein Wollen in die Tat umzusetzen, kam der Schwärze der Menge sehr entgegen und diese Lektüre behielt man bis auf den heutigen Tag bei. Man singt viel, nämlich in der Hände und selbst die Redner haben eine bierigere Geste und sind ganz auf Frachtmannieren eingestellt. Die Hauptanredeungs-Strat der Kongreßversammlungen war der Eng-länder Higgins, der nach General Bramwell Booth der höchste

in Kommando der Heilsarmee ist. Bei seinem Erscheinen wurde er sogleich mit lebhaftem Beifall überschüttet. Man staunt überhaupt viel und gern Beifall, ist eben dankbar für die Darbietungen. Higgins, der sich eifrig dafür einsetzt, daß die Sünden Buße tun und sich be-kehren, ist ein Redner ganz großen Formats. Nichts Salbungsvolles ist in seiner Sprechweise, er ist äußerst anschaulich, ganz Leben, ganz Temperament, ja so temperamentvoll, daß er seinen Ueberseher kaum aussprechen läßt. Der waltete mit bewundernswertem Ge-schick seines Wortes und nahm es so genau, daß er sogar die Be-wegungen des Redners getreulich kopierte. All das Werden und Stehen zog in der Tat auch mehrere Seelen nach der Wuhbank. Die großen Sünden aber, die das Volk bewuchern und be-siezen, bekommt die Heilsarmee nie und nimmermehr.

Kreismitgliederversammlungen

heute, Freitag, den 29. September, 7 1/2 Uhr:

- Mitte: Sophienstraße, Sophienstr. 17/18.
- Tiergarten: Hohenzollernstraße, Bandelstr. 35.
- Prenzlauer Berg: Anionsfeststraße, Grelswader Str. 221/223.
- Wedding: Pharus-Säle, Kleiner Saal, Müllerstr. 142.
- Friedrichshain: Comeniusstraße, Memier Str. 67.
- Charlottenburg: Kaiser-Friedrich-Zell, Berliner Str. 88.
- Wilmersdorf: Cäcilienstraße, Nikolsburger Platz 5.
- Spandau: Aula der Oberrealschule, Mollke-Edel-Friedrich-Straße.
- Schöneberg-Friedenau: Aula der Chamissohule, Barbarossa-Platz.
- Steglitz-Vichtersfelde: Lichtersfelder Feststraße, Lichtersfelde, Zehlen-dorfer Straße.
- Neukölln: Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Str. 210.
- Köpenick: Aula der Körnerhule, Lindenstr. 11.
- Lichtenberg: Cäcilien-Enjeum, Rathausstraße.
- Pankow: Kasinoaal bei Lindner, Breite Str. 32.
- Reinickendorf: Rathaus Wittenau.

Tagesordnung:

Berichterstattung von Augsburg und dem Nürnberger Einigungsparitätstag

Referenten: Anton, Josef Arndt, Friedrich Barfels, Eduard Bernstein, Frau Behm-Schub, Dr. Wolf Brann, Robert Dreuer, Georg Buchmann, Dr. Cohnmann, Gottlob Müntinger, Heinrich Ströbel, Hedwig Wahnheim, Carl Weiner, Dr. Jahn.

Wegen der Bedeutung des Berichts ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingte Pflicht.

Die Berliner Gastwirts-Herbstmesse, die achte ihrer Art, wurde in der „Neuen Welt“ eröffnet. Auch diese Messe zeigte vor einer Vielfältigkeit des Bedarfs im Hotel-, Restaurations- und Küchen-wesen, wie sie der Lage kaum ahnt. Aus nahezu 700 Erzeugungs-stätten liegen Warenangebote vor und man mußte, um die Fülle der Ausstellungsobjekte zu bergen, neben den Riesensälen der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114, noch die ebenfalls stattlichen Räume des gegenüberliegenden Bergnügungspalastes „Groß-Berlin“ mit hin-zunehmen, so daß jetzt insgesamt 22 000 Quadratmeter Ausstellungs-gelände zur Verfügung stehen. In den 30 Haupt- und Nebenräumen beider Gebäudeteile findet der Fachmann alles, was sein Geschäfts-betrieb erfordert. Um den Verkehr zwischen Besuchern und Aus-stellern zu erleichtern, hat die Messeleitung diesmal besondere Ein-kaufsausweise vorgegeben.

Auch im Winter Sonntagsfahrkarten. Wie die BBR erfahren, werden die Sonntagsfahrkarten, durch deren wesentlich ermäßigten Preis der Ausflugsverkehr der größeren Städte und damit die Er-holungsmöglichkeit der städtischen Bevölkerung begünstigt werden sollen, auch nach der mit dem 1. Oktober eintretenden Preiser-höhung — selbstverständlich unter entsprechender Erhöhung — und auch für die Zeit des am 7. Oktober in Kraft tretenden Winterjah-rplanes beibehalten werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

11. Kreis. Tempelhof. Sonnabend, den 30. September, 6 Uhr, Sitzung des Kreisvorstandes und der Abteilungsführer in Tempelhof, Dorsstr. 17.

heute, Freitag, den 29. September:

Jugendsozialisten. Arbeiterausflug. 10 Uhr im Sitzungszimmer des Bezirks-verbands, Lindenstr. 2, 2. Hof links, 2 Treppen rechts, wichtige Sitzung. — Gruppe Schöneberg-Friedenau. Beteiligung an der Kreismitgliederversam-mlung in der Chamisso-Schule, Barbarossastr. 6. Treffpunkt 7 Uhr bei Groß-Edenstr. 17.

Morgen, Sonnabend, den 30. September:

- 24. und 25. Okt. 7 Uhr Schulentlassungsfest in der Schulanla Christburger-Straße 14.
- 26. Okt. 7 Uhr bei W. Burg, Prenzlauer Allee 189, wichtige Sitzung der Parteifunktionäre.
- 31. Okt. 7 1/2 Uhr bei Bormeier, Cabinetstr. 21, wichtige Sitzung des Ab-teilungsvorstandes und der Funktionäre. Die Bezirksführer bringen jeweils Mitteilung über den gesamten Parteistand mit.
- 31. Okt. Steglitz. 7 Uhr bei Martin, Feuerbachstr. 11, Ede Bismarckstraße, außerordentliche Sitzung des erweiterten Vorstandes wegen der Neugrup-pisierung. Die Bezirksführer haben die alten Karten abzurechnen, da ab 1. Oktober neue eingeführt werden.
- 31. Okt. Reinick. 6 Uhr Funktionärsitzung bei Ledder, Fontane-, Ede Raria-gartenstraße. Erledigen sämtlicher Funktionäre notwendig.
- 31. Okt. Reinick. 7 Uhr Vorstandssitzung bei H. Stein, Julius-, Ede Wende-straße.
- 31. Okt. Niederschönhausen. 7 1/2 Uhr bei Klindt, Friedensplatz, gemein-schaftliche Funktionärsitzung.
- Jugendsozialisten. Begrüßungsabend für die Delegierten zur Reichskonferenz im Jannabend, Lindenstr. 2, 2. Hof, 2 Treppen. Musik, Gesang usw. Musik-instrumente mitbringen. Beginn 8 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Wahns. Kaffee! Die Ausgabe der Helgen und Karten für den Monat Oktober findet morgen, Sonnabend, den 30. September, von 4-7 Uhr nach. Alle Abteilungen müssen ihr Material abholen.

heute, Freitag, den 29. September:

Köpenick. Jugendheim Grünauer Str. 3. Mittwochsabend: „Unser Werbe-wort“. — Niederschönhausen. Jugendheim Wittenburger Str. 6/7b. Ver-kehr: „Naturwissenschaften“. — Schöneberg II. Jugendheim Comeniusstraße, Fontanestr. 10. Diskussionsabend: „Jugend und Republik“.

Weiter bis Sonnabend mittag. Anfangs übermäßig trübe mit wiederholten Regenbölen bei schwachen, vorherrschend südlichen Winden und wenig geänderter Temperatur. Später aufklarend und etwas wärmer bei mäßigen westlichen Winden.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend. Geschäft ziemlich roge. Fische knapp, Geschäft mäßig. Obst und Gemüse ausreichend, Ge-schäft flott.

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Klein-handelspreise:
Rindfleisch 78-118 M., ohne Knochen 115-170 M. Schweine-fleisch 170-224 M. Kalbfleisch 110-162 M. Hammelfleisch 105-168 M. Rindertalg 225-240 M. Schellfisch, Seezachs 80-70 M. in Eis: Schlei-e 108-126 M. Hecht 112 M. Aale 175-180 M. Karpfen 85-118 M. Leberzölzchen 185-178 M. Diale 80-105 M. Elar 14,75-29 M. 400 Strick Natterbutter 250-376 M. Margarine 210-250 M. Hafermehl 72 M. Grießmehl 55-58 M. Erbsen 65-72 M. Kartoffeln 38-43 M. zehn Pfund. Weizkohl 8-10 M. Wirsingkohl 9 M. Rosenkohl 25-36 M. Kohlrabi 12-18 M. die Mandel. Mohrrüben 5 M. Spinat 10-15 M. Kochkapsel 5-10 M. Pflaumen 5-9 M. Pflirsche 12-25 M.

Preussischer Polizeibeamtentag.

Nach Begrüßung der Delegierten und Gäste durch den Ver-bandsvorsitzenden Bredel sprach Ministerialdirektor Dr. Falk als Vertreter des Reichsministeriums des Innern dem Verband die besten Wünsche zu seiner Tagung aus. Hierbei gedachte er ins-sondere der Beamten, die in den abgetretenen Gebieten ein Opfer ihrer Pflichterfüllung geworden sind, und verurteilte mit aller Schärfe das Verhalten der Beamten, die sich immer noch nicht mit der heutigen Staatsform abfinden können. Es sei unvereinbar, nachts in abgeschlossenen Vereinigungen monarchistische Propaganda zu treiben und bei Tage der Republik dienen zu wollen. Polizeioberst van der Bergh überbrachte die Grüße und Wünsche vom preussischen Ministerium des Innern. Redner betonte den äußeren und inneren Ernst unserer Lage und die Bedeutung, die der Polizei dabei zukomme als feste Stütze für die Republik. Die Polizei sei nach dem Kriege unter dem Druck der äußeren und inneren Verhältnisse als ein System der Ausschüsse entstanden. Die Entwicklung sei noch nicht abgeschlossen, nehme jetzt aber festeren Formen an. Die fortschreitende Ueberführung in den Einzeldienst und die Verabschiedung des Schutzpolizeibeamtengesetzes würden festere Verhältnisse schaffen. Die endgültige Gestaltung sei noch nicht erreicht. Es seien noch Elemente im Dienst, die nach den ganzen Voraussetzungen und Erwartungen, unter denen sie einge-treten sind, nicht hineingehören. Bei der weiteren Gestaltung seien noch wichtige Einzelfragen zu lösen. Dazu sei es nötig, daß alle inneren Spannungen zwischen den einzelnen Dienstzweigen, zwischen Blau und Grün, den verschiedenen Gruppen und Organisationen und dem Ministerium und der Beamtenschaft zurücktreten und daß alle Beteiligten zusammenschließen in einiger Arbeit, das Beste für die Polizei selbst und damit auch für Volk und Regierung zu schaffen.

Vandtagsabgeordneter Gaerting überbrachte Grüße und Wünsche der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Die Fraktion sei leider gezwungen, unter dem Druck der bauernden Forderungen der Entente ihre Zustimmung zu dem neuen Gesetz für die Schutz-polizeibeamten zu geben. Sie müßte auch angesichts der Tatsache, daß sich in der Schutzpolizei Elemente befinden, die nicht hineinge-hören, die Möglichkeit schaffen, sie zu entfernen.

Ein Antrag, die Frage der Einigung aller Polizeibeamten-organisationen auf die Tagesordnung zu setzen, wurde angenommen. Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung:

„Die Neugestaltung des Polizeiwesens in Preußen“

referierte Polizeileutnant Finnefröh, der u. a. die Verstärkung der Straßenspolizei und die Besetzung der Revierortspoststellen im Einverständnis mit den Organisationen der Polizeibeamten sowie den Nichtstundentag forderte. Wenn dieser nicht bald ge-schaffen werde, sei eine noch stärkere Abwanderung der Beamten in die freien Berufe zu erwarten. Für die Beamtenschaft müsse mehr Ueberführung in die eigentlichen Polizeibefehle erzielt werden.

In der anschließenden Diskussion sprach Polizeihauptmann Heinenrich (Hessen) sich dafür aus, daß das Ministerium für einen stärkeren Straßendienst Sorge und mit Nachdruck gegen das Kom-mandierungsunwesen einschreite. Weiter trat der Redner für eine Regelung des Disziplinarverfahrens ein, das rascher vor sich gehen müsse, damit den Beamten die Dual der Ungewißheit sobald als möglich genommen werde.

Ein folgender Redner führte aus, daß das Schutzpolizeibeamten-gesetz richtiger als Dienstausweisung für die Schutzpolizei zu bezeichnen sei. Die Grundlage für den Aufbau der Polizei müßte das neue Gesetz seit 1 1/2 Jahren ausgearbeitete Polizeiverwaltungs-gesetz sein. Das Polizeiverwaltungs-gesetz böte erst die Garantie, daß das Polizei-verwaltungs-wesen in Preußen einheitlich gestaltet würde. Würde das Gesetz recht bald verabschiedet, dann stände auch zu erwarten, daß der Wismarsch im Polizeiverwaltungs-wesen einmal beseitigt würde. Es würde dann nicht vorkommen können, daß in Berlin 650 kommunale Polizeibeamte reflexlos dem Polizeidienste entzogen würden. Er stellte fest, daß gelegentlich der Verstaatlichung der Berliner Vorortspolizei die erwähnten 650 Polizeibeamten nicht in den Staatsdienst übergeführt würden, und heute, ohne produktive Arbeit zu leisten, mit niederen Diensten bei der Stadt beschäftigt würden. Er betonte, daß die Polizeibeamten doch zweckmäßig für diejenigen polizeilichen Gebiete verwendet werden könnten, die dem Oberbürgermeister von Berlin schon heute zuständen. So würde beispielsweise die Exekutive für die Baupolizei nach heute von der Staatspolizei gestellt. Warum ziehe der Oberbürger-meister von Berlin diese 650 kommunalen Polizeibeamten nicht zu diesem Dienst heran? Warum ziehe der Polizeipräsident von Berlin die staatlichen Polizeibeamten nicht zurück, um sie zweckmäßiger für die Bekämpfung des überhandgenommenen Wuchers in Berlin zu verwenden? Scheinbar habe das Ministerium des Innern keine Kenntnis davon, daß der Polizeipräsident von Berlin heute noch Dienst für die Stadt Berlin leistet, wozu er rechtlich gar nicht befugt ist. Der Redner forderte, daß das Ministerium hier unverzüglich ein-zugreifen habe, damit die der Stadt Berlin angehörenden 650 kom-munalen Polizeibeamten ihrem alten Beruf wieder zugeführt wür-den. Auch forderte er, daß der Polizeiverwaltungsentwurf nun end-lich der Staatsregierung und den Parlamenten zur Geberberhebung zugänglich gemacht würde.

Ueber den 4. Punkt der Tagesordnung:

„Das Schutzpolizeigesetz“

referierte Polizeioberwachmeister Dehn, der in seinen Ausführ-ungen die Mängel dieses Gesetzes einer scharfen Kritik unterzog. Die in dem Gesetz in Aussicht gestellte Fürsorge für die Beamten bei der Ueberleitung in Zivilstellen sei etwas problematisch, und manches in den Bestimmungen bedürfe mindestens sehr der Klärung.

Als 3. Punkt stand „Das Reichskriminalpolizeige-setz“ auf der Tagesordnung. Referent hierzu war Kiveliy, der das Gesetz als einen ersten Schritt auf dem Wege zum Ziele bezeichnen. Leider werde die alte Forderung der Kriminalbeamten, sie in allen Reichsländern als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft anzusehen, durch das Gesetz nicht erfüllt. Zur wirksamen Durch-führung ihrer Aufgaben sei diese rechtliche Stellung der Kriminal-beamten dringend erforderlich. Gefordert müsse ferner die Gewäh-rung ausreichender Mittel für den nötigen Dienstauswand werden. Hier dürste die Sparsamkeit nicht im Vordergrund stehen. Das Gesetz müßte auch die ganze Kriminalpolizei reflexlos erfassen und so gestaltet sein, daß diese eine ausreichende Wirkung bis aufs letzte Band hin-aus entfalten könnte. Die Organisation sollte sich einheitlich auf das ganze Reich erstrecken. Die Kriminalbeamten müßten bei den Be-ratungen gehört werden.

Die folgenden Diskussionsredner stimmten den Ausführungen des Referenten durchaus zu.

Polizeioberst van der Bergh erklärte, daß er Gelegenheit nehmen werde, alle vorgebrachten Wünsche an die zuständigen Stellen zu leiten. Die Sicherheit, alle vorhandenen Beamten nach Ausschneiden in die nötigen Dienststellen überweisen zu können, sei leider noch nicht vorhanden. Das Ministerium strebe aber diesem Ziele ebenso wie die Beamten zu. Nach einer erwünschten Durch-führung sei auch eine weitere Möglichkeit für die Ueberführung der Beamten in den Einzeldienst gegeben. In den Ausführungsbestim-mungen zu dem Schutzpolizeibeamtengesetz werde das zu bringen sein, was die weitere Entwicklung zu fördern geeignet erscheine. Die Ziele des Ministeriums gleichen denen der Beamtenschaft, und der Minister werde nach seiner ganzen Persönlichkeit alles daran setzen, für die Beamten das Möglichste zu tun.

Hierauf wurden die weiteren Verhandlungen auf heute verlag.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Minster-Bericht des Groß-Berliner Wess. Freitag, den 29. September, abends 8 Uhr, im großen Saal des Viktorio-Casinos, Wilmersdorf 114-115, große abendliche öffentliche Ministerkonferenz. Rednerworts Dr. C. Gogel spricht über die Höhe der Miete am 1. Oktober und über die Zeitungsfrage.

Preußens Kampf gegen die Schwindsucht.

In der gestrigen Sitzung des Landtags stand im Mittelpunkt die erste Lesung des Entwurfs zu einem Tuberkulosegesetz. Abg. Dr. Wehl (Soz.) benutzte die erste Beratung, um einmal in der Frage der Tuberkulosebekämpfung die Gewissen etwas aufzurütteln. Der vorliegende Gesetzentwurf genügt nicht im entferntesten zur Bekämpfung der großen Volksseuche. Das Gesetz beschränkt sich zu sehr auf amtspolizeiliche Vorschriften, ein großzügiger Gesetzentwurf sei dagegen notwendig. Man könne wohl die Schwierigkeiten des Wohlfahrtsministeriums verstehen, das auf Geheiß des Finanzministeriums einen Entwurf schaffen sollte, der nichts koste. Bei einem solchen Experiment müßten natürlich die Kräfte der besten Beamten des Wohlfahrtsministeriums versagen. Beim Kampf gegen die Tuberkulose dürften aber finanzielle Bedenken nicht ausschlaggebend sein. Erst vor wenigen Wochen hätten die Krankenkassenärzte auf ihrer Tagung in einer Resolution festgestellt, daß

der gesundheitliche Niedergang des deutschen Volkes bereits an die Zustände der letzten Kriegsjahre erinnert. Die Ärzte hätten besonders auf die Zunahme der Zahl der Lungenkranken hingewiesen. Genosse Dr. Wehl wies mit Nachdruck darauf hin, daß Deutschland heute in der Tuberkulosefrage bereits wieder auf das Niveau von vor 25 Jahren zurückgefallen sei. Man dürfe sich nicht bloß auf das Reich verlassen. Preußen müsse selbständig vorgehen. Anregungen zur Tuberkulosebekämpfung seien von Seiten der Vereinigten Sozialdemokratie genügend gegeben worden. Der Wohlfahrtsminister möge diese Anregungen nun auch berücksichtigen. Es müsse vermieden werden, daß die Kosten für die Tuberkulosebekämpfung den Städten und Gemeinden aufgebürdet werden. Es handle sich hier um

eine Aufgabe der Länder und des Reiches. Wichtig sei die Zusammenfassung aller der Beratungs- und Fürsorgeorganisationen, der Tätigkeit der Landesversicherungsanstalten und Krankenkassen im Kampf gegen die Tuberkulose. Die Zerspaltung bedeute nur Geldverschwendung. Wenn der Gesetzentwurf besonders vom Schutz der Kinder vor der Tuberkuloseansteckung spreche, so müsse man darauf hinweisen, daß das Wohlfahrtsministerium nichts anderes zu tun habe, als die Erkenntnis des Ministerialdirektors Gottstein stärker in der Praxis zur Anwendung zu bringen. Kampf gegen die Tuberkulose der Kinder sei vor allem ein Kampf für billige und nahrhafte Milch. Milchportierung bedeutet Steigerung der Tuberkulose. Im Kampf gegen diese Volksseuche müßten natürlich auch die Kranken selbst mit zur Tätigkeit bei der Beratung und bei der Bekämpfung herangezogen werden.

Wenn die verschärfte Wuchergesetzgebung kräftig angefaßt werde und das Vermögen der Schieber und Betrüger beschlagnahmt werde, dann könne man schnell Mittel zum Kampf gegen die Tuberkulose flüssig machen. Rasch müsse gehandelt werden, und deshalb verlange die Sozialdemokratie die Überweisung des Gesetzentwurfes an den Ausschuss für Bevölkerungs- und Gesundheitswesen.

Minister für Volkswohlfahrt H. Meier: Die vorgeschlagene Weidewirtschaft ist keineswegs ein kleines Mittelchen im Kampf gegen die Tuberkulose. Wohnungs- und Ernährungsfrage hätten zunächst auszuweisen müssen im Interesse der raschen Erledigung der Vorlage. Da das Reich in der Tuberkulosebekämpfung nicht rascher vorangekommen ist, habe Preußen die Initiative ergriffen. Die Vorlage geht nach der Aussprache an den Ausschuss für Bevölkerungspolitik. Nächste Sitzung Freitag, 10 Uhr: Interpellationen zur Feuerungsfrage.

Lohnbewegung in der Bekleidungsindustrie.

In einer riesig überfüllten Versammlung nahmen die Angestellten der Bekleidungsindustrie Stellung zum Ergebnis der Tarifverhandlung. Salls vom Id. erstattete den Bericht. Stürmische Entrüstung bemächtigte sich der Versammelten, als der Referent mitteilte, daß die Arbeitgeber durch den Mund des Kommerzienrats Bamberg erklären ließen, daß 40 Proz. Aufschlag auf die Lohngehälter die äußerste Grenze des Entgegenkommens für den Monat September darstellen. Mit diesem Angebot fällt der Reallohn der Angestellten gegenüber August ganz bedeutend. Eine solche Gehaltsregelung muß für die Angestellten katastrophal wirken. Die Erregung der Angestellten über das Verhalten wird noch gesteigert durch die Kenntnis der Preispolitik der Arbeitgeber. Es soll nochmals der Versuch einer friedlichen Verhandlung unternommen werden, von deren Ergebnis die weitere Stellungnahme der Angestellten abhängen wird. In den Arbeitgeberkreisen also liegt es, durch Bewilligungsbereitschaft schwere Kämpfe zu verhüten.

Zola.

Zu seinem 20. Todestage am 29. September.

Von fern verdämmerten die alten Traumlandläste Mit Rosenanstrich, Willensfreiheit. — Zu den Brüsten Der Welt sprang der Rebell und lächelte den Ruf: „Nichts ist gewaltiger als der Mensch, wie er sich schuf, Und hübsch nichts, wenn es an seiner Stelle steht! Gestorben ist die Zeit — schweigt König und Prophet! — Herr ist die Masse, und sie atmet Eisenstahl! Entmenscht ist eure Welt und euch zum feilen Raub!“ Und er begann in überlebensgroßen Bildern, Die wie aus Rebel fliegen überm Lotenkuf, Mit heißer Rubensfarbe, ernst wie Tacitus Und schicksalsstrenge das große Menschentier zu schildern: Wie's lebt in Dürren, Ritzern und Spelantzen, In Alkohollatern und anderen Verwandten — Und wie es schleicht im Schlafschweiß und im Börsensaal, In Böbelschenken und bei der Ministerwahl, Im Riets- und Warenhaus, in Bergwerk und Fabrik, In Markthallen und Villenvierteln, bei Konzertmusik Und Eisenbahn, bei Mutter Erde auf dem Lande, Zur See und in der Großstadt, beim Theaterbrande, In einer Streikerversammlung und auf Barricaden Der Revolutionen, die sich laut entladen. Mit Grimmskraft malte er die Bilder, zügellos In dumpfem Trieb, robust und animalisch-groß. Und vor der ungeheuren Erdensinkenle Ershauerten die faulen Seelen, die sich nie Ihr lieblich Weltbild so gedocht. — Er ganz Gewissen, Ganz Herz und Einfach, schwing, Und aus den Finsternissen Schritt seine Lichtgestalt, und alles sah ihm nach, Ihm, dem Betreuer aus der alten Menschheitscham. Er ging im Licht, das er entfalt.

Denn aus der Nacht Der Tierheit wuchsen mit des Künstlers Visionen In Herz und Hirn der staunend lauschenden Visionen Die neuen und gewaltigen Symbole! Fritz Alfred Zimmer.

Mitgliederberufungen der Volksbühne. Die Volksbühne e. V. (Vereinte Freie und Neue Freie Volksbühne) läßt ihre 170 000 Mitglieder für Montag, den 2. Oktober, abends 7½ Uhr, zu den jahresmöglichen Mitgliederberufungen, die in fünf großen Sälen gleichzeitig stattfinden. Alles Nähere ist aus einem Anzeiger in der heutigen Nummer des Blattes ersichtlich. Die Galerie Dr. Goldschmidt, Dr. Wallerstein, Schneberger ufer 26a, bringt im Oktober eine Kollektivausstellung der Bildwerke von Frau Emil Kocher aus den Jahren 1918—22, sowie Aquarelle von Art Schaeffer und Kay Raus, Berlin. Gelehrter Römer, langjähriger Promotor und Regisseur des Weimarer Theaters, ist in gleicher Eigenschaft an die „Volksbühne“, Theater am Dönhofsplatz, versetzt. Literaturkritik im Film. Die Ufa, Lauenburger 44/45, eröffnet am 2. Oktober, nachmittags 6 Uhr, im Schauspielhaus, mit dem Film „Gedemüßigt im Schlangeneich“ einen unmittelbaren Filmvorführungsplan. In dem Fortschritt werden bisher unveröffentlichte, seltene Vorgänge aus dem gesamten Tierreich im Film zur Vorführung gelangen.

Zweite Internationale und Orientkrise

Deutschland soll an der Orientkonferenz teilnehmen.

Das ständige Bureau der Zweiten Internationale, das aus den englischen Genossen besteht, die in London ihren dauernden Wohnsitz haben, hat, wie ein I.T.B.-Telegramm bereits kurz mitteilte, am 26. d. M. nachstehende Erklärung über die Lage im Orient und über die kommende Konferenz des nahen Ostens erlassen, die sämtlichen angeschlossenen Parteien zur Kenntnis- und Stellungnahme als Rundschreiben übermittelt wurde, und die wir hier im Wortlaut abdrucken:

Das Bureau der Zweiten Internationale hat die gefährliche Lage im nahen Osten eingehend geprüft, die einen großen Teil Europas in einen neuen Krieg zu verwickeln droht. Es würde ein

unverzeihliches Verbrechen

gegen die Menschheit sein, wenn neue Feindseligkeiten beginnen sollten und die englische Regierung würde bei weitem den größten Anteil an Verantwortung dafür übernehmen. Der Kongress der Zweiten Internationale in Luzern im August 1919 hatte die unvermeidlichen Folgen der griechischen Okkupation in Kleinasien vorausgesehen und folgende Erklärung erlassen:

„Die Konferenz protestiert gegen die Politik der Entente in Kleinasien und insbesondere gegen die militärische Besetzung durch Truppen der griechischen Regierung im Solde der Entente, der Stadt und des Vilajets von Smyrna, deren türkische Bevölkerung fünfmal stärker ist als die griechische. Die Besetzung durch bewaffnete Macht unter Bedingungen, die dem Völkerrecht zuwiderlaufen und nach dem Abschluß des Waffenstillstandes ist geeignet, höchst bedauerliche Folgen in der gesamten mohammedanischen Welt hervorzurufen, sowie kriegerische Leidenschaft und Revanchegedank in ganz Anatolien zu erwecken. Es ist dies der erste Akt eines allgemeinen Planes, den die Gier der imperialistischen Mächte ausgeheckt hat, um Kleinasien zu zerstücken, und gegen den wir im Namen der Internationale Protest erheben.“

Jene Politik, die unzweifelhaft türkische Gebiete in Kleinasien Griechenland zuerkannt hat, im Gegensatz zu den Behauptungen, wonach der Weltkrieg geführt wurde ohne jede Absicht, das Territorium der Alliierten auf Kosten der Türkei zu vergrößern, sie ist es, die die Schuld an der gegenwärtigen schweren Krise trägt. Wir können die ausdrückliche Erklärung Lloyd Georges nicht vergessen, wonach wir nicht kämpfen, um die Türkei ihrer Hauptstadt oder ihrer reichen und berühmten Länder in Kleinasien und Thrazien zu berauben, die ethnographisch vorwiegend türkisch sind.“

Die Wertschätzung des Völkerbundes hätte in wirksamer Weise als eine Macht der Versöhnung und der Vermittlung verwendet werden können. Jetzt, wo eine schwere Gefahr noch immer besteht, fordern wir die Einleitung eines schiedsgerichtlichen Verfahrens durch den Völkerbund, in dem die Türkei, Rußland und Deutschland einen freien und gleichen Einfluß haben müßten, wie die übrigen Länder.

Sollte es unmöglich sein, in der gegenwärtigen Situation von dem Völkerbund Gebrauch zu machen, so müßte jede einzuuberufende Konferenz Vertreter Rußlands, Bulgariens und Deutschlands außer den in der Note der Alliierten bereits genannten Länder einschließen. Rußland und Bulgarien werden nämlich durch jede territoriale Entscheidung und durch die Regelung der Frage der Freiheit der Meerengen in ihren Lebensinteressen berührt. Deutschlands wirtschaftliche Interessen im nahen Osten geben ihm ein Recht, sich an den Tisch der Unterhändler zu setzen. Wir erklären, daß die Regelung der Orientfrage und der Freiheit der Meerengen keine solche ist, die die Alliierten allein zu lösen haben. Insbesondere verurteilen wir die Haltung eines jeden Landes, das sich zum Hüter der Meerengen aufspielen würde. Wir fordern, daß

Versöhnung an Stelle von Gewalt

treten und daß das Recht eines Volkes, unter der Regierung zu leben, die es selbst bestimmt, der maßgebende Grundsatz bei einer jedweden Regelung werde.

Wenn man sich nach dem Gedanken der Versöhnung gerichtet hätte und wenn unzweifelhaft türkische Rechte geachtet worden wären, dann würde es wahrscheinlich keinen Krieg mit diesen entsetzlichen Folgen gegeben haben, und die nationalen Minderheiten würden Garantien erhalten haben, die auf einer Verständigung beruhen und die ihnen eine größere Sicherheit geben würden, als dies jemals durch Waffengewalt erzielt werden kann. Der nahe Osten und ganz Europa würden dadurch die Möglichkeit zum wirtschaftlichen Wiederaufbau gewonnen haben.

Wir ersuchen sämtliche uns angeschlossenen Parteien in ihrem eigenen Lande jede denkbare Anstrengung zu unternehmen, um zu verhindern, daß Fehler, Unfähigkeit und imperialistische Politik uns in einen neuen Krieg hineinführen.

Wir rufen sie alle auf, sowie alle Arbeiter- und sozialistischen Organisationen, uns in der Forderung nach einer verständlichen Lösung durch Vertreter aller unmittelbar interessierten Länder beizustehen.

Wir drücken die Hoffnung aus, daß alle Parteien ausnahmslos einen jeden Bruchteil ihrer politischen und gewerkschaftlichen Kraft dazu verwenden werden, einem Krieg vorzubeugen.

Unser Programm muß klar und bestimmt sein. Wir müssen mit Entschiedenheit erklären, daß wir uns nicht in einen neuen blutigen Kampf hineinziehen lassen!“

Bez. Arthur Henderson (Vorsitzender), Tom Shaw (Sekretär), J. H. Thomas, Harry Coghlin, J. Ramsay MacDonald.

An dieser Kundgebung, die die englischen Mitglieder des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale aus freier Initiative und ohne Kenntnis und Einwirkung der anderen Mitglieder der Exekutive erlassen haben, ist für uns Deutsche die Tatsache besonders wichtig und erfreulich, daß darin das Recht Deutschlands, als interessierter und gleichberechtigter Faktor an der Lösung der Orientfrage mitzuwirken, ganz spontan und mit allem Nachdruck gefordert wird.

Wirtschaft

Zur Frage der Kartoffelerzeugung.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag hat eine Anfrage eingereicht, weil angeblich von Kaufleuten bis zu 1400 M. für den Zentner Kartoffeln geboten worden seien. Diese Meldung von solchen Wucherpreisen geht zurück auf die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die zuerst die Meldung brachten, daß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet solche Preise bezahlt worden seien. Nach amtlicher Mitteilung ist weder dem Reichsernährungsministerium noch dem preussischen Landwirtschaftsministerium irgend ein Fall bekannt geworden, daß ein Preis von 1400 M. gezahlt worden wäre. Ein solcher Preis wäre auch sofort unter die Wuchergesetze gefallen.

Die Kartoffelerzeugung Deutschlands wird bei der guten Ernte von amtlicher Seite als ausreichend bezeichnet. Wie in jedem Jahre, handelt es sich nur darum, daß die verhältnismäßig kurze Zeit des Herbstes, die für die Kartoffelerzeugung und für den Kartoffeltransport zur Verfügung steht, sowohl von der Landwirtschaft wie von den Verbraucherfreisen richtig ausgenutzt wird. Von einem Stocken der Anlieferung durch die Landwirtschaft kann zurzeit keine Rede sein, Aufgabe der Verbraucherfreise ist es, sich von jetzt an für den Winter einzudecken. Zu irgendwelcher Beunruhigung oder zu einer Heberfurchung beim Kartoffeleinkauf, die höchstens ein Anziehen der Preise verursachen könnte, liegt kein Grund vor.

Seitens der Landesregierungen sind Marktnotierungskommissionen zur Notierung der Kartoffelpreise entsprechend den Weisungen des Reichsernährungsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft unter Hinzuziehung von Vertretern der Verbraucher gebildet worden. Um zu verhindern, daß in einzelnen Bezirken nach verschiedenen Grundfähn Preise notiert werden, hat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Besprechung mit den Vertretern der wichtigsten Notierungsbezirke stattgefunden, in der für die Grundfähn der Notierungen Richtlinien vereinbart wurden. Die Notierungskommissionen haben danach die Erzeugerpreise zu notieren, d. h. diejenigen Preise, die dem Erzeuger frei Verladestation (Vollbahnstation) zu zahlen sind. In denjenigen Bezirken, in denen bisher nur Großhandelspreise, d. h. die Preise, die bestimmt sind, außer dem Erzeugerpreisen auch die Kosten des Großhandels und der Fracht zu decken, soll darauf hingewirkt werden, daß zur Vermeidung von Verwirrungen derartige Preisnotierungen bis auf weiteres unterbleiben. Die Notierungen sollen überall gefordert erfolgen für weiße, rote und gelbliche Kartoffeln. Eine besondere Notierung für Lieferungsvertragkartoffeln darf nicht stattfinden. Die notierten Preise gelten von Tag und Stunde ab bis zur Vornahme neuer Notierungen durch die Notierungskommissionen. In Preußen sind Notierungskommissionen gebildet in Königsberg, Allenstein, Stettin, Berlin, Breslau, Magdeburg, Erfurt, Hannover, Köln, Frankfurt a. M. und Kassel, außerdem sind Notierungskommissionen gebildet in Schwerin, Hamburg, Dresden, München und Stuttgart.

Kapitalerhöhung der AEG. Der Aufsichtsrat der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft beschloß eine Erhöhung des Aktienkapitals um 300 auf 1400 Millionen Mark. Sie wird begründet mit der Notwendigkeit, für die erhöhten Aufwendungen zur Beschaffung der notwendigen Rohstoffe und zur Zahlung der Löhne und Gehälter Mittel bereitzustellen. Der Bezugskurs der neuen Aktien soll 400 Proz. betragen, so daß die Kapitalerhöhung dem Konzern das Vierfache des nominellen Betrags, nämlich 1200 Millionen, zuführen wird — ein Beispiel vorsichtiger Kapitalpolitik! An die Aktionäre fällt bei diesem Ausgabekurs kein so großes Bezugsrecht wie bei den noch sehr üblichen Kapitalerhöhungen. — Für das letzte Geschäftsjahr schüttet die AEG. 25 Proz. Dividende gegen 16 Proz. im Vorjahre aus.

Das Goldjohannsgeld beträgt für die Zeit vom 4. Oktober bis einschließlich 10. Oktober 1922 34 400 d. S.

Devisenkurse.

	28. September		27. September	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs
100 holländische Gulden	65518.—	65082.—	64110.75	64250.25
1 argentinischer Papier-Peso	592.25	593.75	584.25	585.75
100 belgische Frank.	11785.25	11814.75	11885.10	11914.90
100 norwegische Kronen	28814.15	28685.85	27815.15	2784.85
100 dänische Kronen	34406.90	34493.10	34107.30	34192.70
100 schwedische Kronen	43845.10	43894.90	43445.60	43544.40
100 finnische Mark	3745.30	3764.70	3645.40	3654.60
1 japanischer Yen	789.—	791.—	789.—	791.—
100 italienische Lire	6991.25	7008.75	7066.15	7083.85
1 Pfund Sterling	7415.70	7494.30	7290.85	7369.15
1 Dollar	1665.41	1669.59	1652.93	1657.07
100 französische Frank.	12559.25	12590.75	12694.15	12695.85
1 brasilianischer Milreis	189.76	190.24	194.75	195.25
100 Schweizer Frank.	30961.85	30983.65	30961.25	31038.75
100 spanische Pesetas	25068.00	25131.40	25068.00	25131.40
100 öster. Kronen (abgest.)	2.13	2.17	2.05½	2.09½
100 tschechische Kronen	5228.45	5241.55	4988.75	5001.25
100 ungarische Kronen	64.41	64.59	60.92	61.08
100 bulgarische Lewa	963.75	996.25	973.75	976.25

100 Polen mqr l galten gestern etwa 19.60 Pt.

Die nächsten Tage

erfordern von jedem unserer Parteigenossen eifrigste Arbeit, um dem Zentralorgan der geeinten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dem

„Vorwärts“

neue Leser zuzuführen. Nur wenn ihre Presse stark und schlagfertig erhalten wird, kann die Partei ihre Aufgabe voll erfüllen. Darum muß jeder, dem die Sache des Sozialismus nicht nur ein Spiel mit Worten ist, seine ganze Kraft einlegen, um das wichtigste Werbemittel für den sozialistischen Gedanken auszubauen und kräftig zu erhalten.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name: _____

Wohnung: _____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

